

Menschenrechte auf dem Prüfstand

# Menschenrechte auf dem Prüfstand

Kommenden Jänner findet in Österreich erstmals die Universelle Menschenrechtsprüfung der UNO statt. Eine aktuelle Studie zeigt: Die Österreicher haben ein zwiespältiges Verhältnis zu dem Thema.

Von Carmen Baumgartner

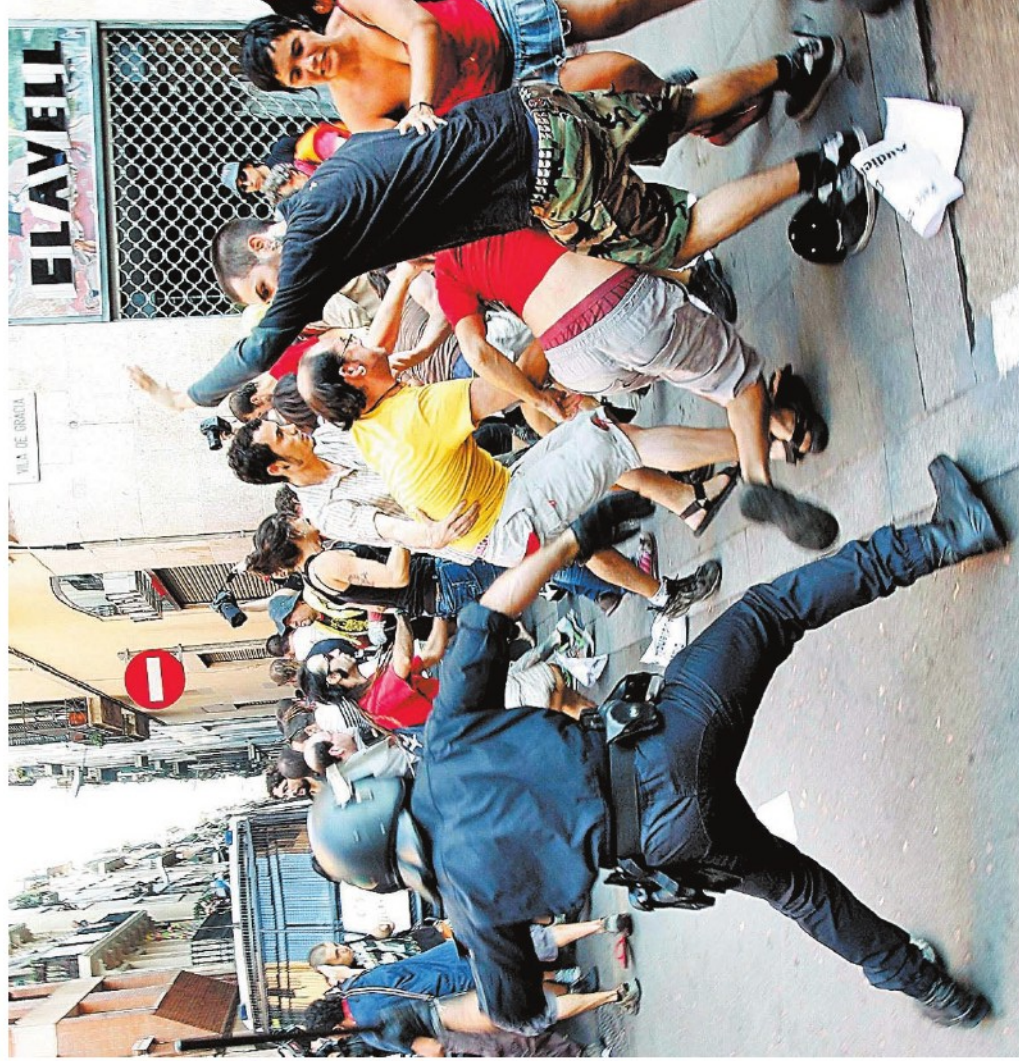
**Wien** – 73 Prozent der Österreicher sprechen sich dafür aus, Menschenrechte mehr zu achten. Vor allem Kinder, kranke und alte Menschen sowie Menschen mit Behinderung sollten besonders geschützt werden, heißt es in einer von der Initiative menschenrechte.jetzt bei der Karmasin Motivforschung in Auftrag gegebenen Umfrage. Allerdings: Bei der Detailbefragung konnte nur ein Drittel das Recht auf Asyl (siehe Grafik), wichtig ist der Flüchtlingschutz gerade einmal einem Viertel (24 Prozent). Auch

der Minderheitenschutz rangiert ganz unten in der Skala. „Nicht allen Gruppen werden gleich viele Rechte zugestanden, obwohl es eigentlich heißen müsste: Alle Menschenrechte gelten für alle Menschen“, sagt Barbara Liegl von ZARA (Zivilcourage und Antirassismus-Arbeit). „Der politische Diskurs zum Thema Asyl ist da nicht gerade hilfreich“, meint Liegl. Erfreulich sei, dass das Recht auf Gleichbehandlung immerhin 67 Prozent der Befragten bekennt ist. Martin Schenk von der Armutskonferenz war positiv überrascht, dass auch die sozialen Rechte (wie z. B.

Recht auf Gesundheitsversorgung) in Österreich relativ bekannt sind.

Besonderen Schutz genießen sollten laut Meinung der Österreicher vor allem Kinder (83 Prozent) und kranke sowie alte und behinderte Menschen. Am wenigsten schutzberechtigt erachteten die Befragten homosexuelle Menschen, Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten sowie Asylanten. Wobei Befragte in Ortschaften über 5000 Einwohner Homosexuelle z. B. als viel schützenswerter erachten als Bewohner kleinerer Ortschaften. Interessantes Detail: Nach Meinung von 70 Prozent der Österreicher werden die Menschenrechte in Österreich sehr bzw. eher stark berücksichtigt. In Tirol und Vorarlberg liegt der Wert nur bei kritischen 48 Prozent.

Barbara Helige von der Österreichischen Liga für Menschenrechte betonte, dass jeder Einzelne seinen Beitrag zur Einhaltung von Menschenrechten leisten könne: „Es geht nicht immer um die ganz großen Dinge. Wenn in der Straßenbahn jemand ein Kind schlägt, dann kann man sich entscheiden: Bleibe ich stumm oder sage ich etwas?“ Immerhin die Hälfte der Österreicher sieht sich für die Einhaltung der Menschenrechte selbst zuständig. Mehr Verantwortung gaben die Befragten nur der Politik. Fast gar nicht in die Pflicht genommen wurden die Medien, die Kirche und die NGOs. Was Helige nicht versteht: In der Frage der zweisprachigen Kärntner Ortstafeln etwa sei-



Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstranten in Spanien. In jedem UNO-Mitgliedsstaat wird die Einhaltung von Menschenrechten alle vier Jahre überprüft. Im Jänner 2011 ist Österreich an der Reihe. Foto: EPA/Gamiga

en aufgrund der Untätigkeit der Regierung NGOs besonders gefragt. Liegl und Schenk meinten, es brauche nun den Mut der Politik zu kommunizieren, dass Menschenrechte für alle gelten.

Im Jänner 2011 findet in Österreich erstmals die sogenannte „Universelle Menschenrechtsprüfung“ Österreichs durch die UNO statt. Dabei muss die österreichi-

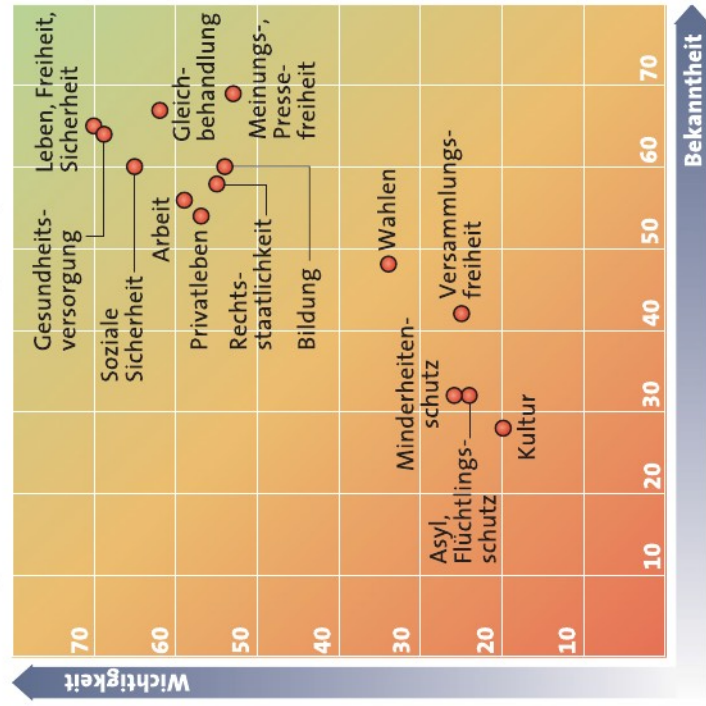
sche Regierung der UNO über die heimische Menschenrechtssituation berichten. Barbara Helige vermutet, „dass die Latente rosiger dargestellt wird, als sie ist“. Der Bericht wird vom Verfassungsdienst und dem Außenministerium erstellt und soll im Oktober vorgelegt werden. Auch die Initiative menschenrechte.jetzt wird an der UNO teilnehmen und die aktuellen Erkenntnisse und

Forderungen in den Bericht einfließen lassen. Wie Marianne Schulze von der Initiative erklärte, werde man vor allem auf eine bessere Kommunikation der Regierung mit den NGOs pochen.

Die UNO-Überprüfung der Menschenrechte gibt es seit 2008. Ziel ist die Verbesserung der Menschenrechtssituation in jedem der 192 UNO-Mitgliedsstaaten.

## Stellenwert der Menschenrechte

Umfrage 21. 7. - 4. 8. - 1.000 Befragte, Angaben in Prozent



Quelle: APA/Karmasin/initiative menschenrechte.jetzt; Grafik: Art Direction Moser Holding